



Profil

September - Oktober 2005

CARITASVERBAND HANNOVER E.V.

Gut gepflegt leben – Pflege Daheim

Die Caritas ist ein kirchlicher Pflegedienst mit einer langen Tradition.

So viel ambulant wie möglich, so viel stationär wie notwendig. Diesem Grundsatz fühlt sich die Caritas verpflichtet. Ein differenziertes Angebot ambulanter Pflege setzt auf Kompetenz, Qualität und Menschlichkeit.

Frau M. lebt in ihrer 3-Zimmer-Wohnung in City-Nähe. Vor einem halben Jahr ist ihr Ehemann verstorben. Seit dem meistert sie ihr Leben so gut es eben geht allein. Haushaltsführung, die täglichen Pflichten, sie fallen ihr zunehmend schwerer. Die

Beine wollen schon lange nicht mehr, seit einigen Wochen macht sie sich große Sorgen um ihre Augen. 81 Jahre ist sie jetzt. Aber umziehen aus ihrer vertrauten Wohnung, dies kommt für sie nicht in Frage. Einen alten Baum verpflanzt man eben nicht ohne Not. So auch ihr größter Wunsch: So lange, wie es eben geht, in der vertrauten Wohnung bleiben. Auch wenn es jetzt still geworden ist, nach dem Tod ihres Mannes. Zwei Kinder hat sie. Schon vor Jahren mussten sie jedoch wegen ihrer Arbeitsstelle in eine andere Stadt ziehen.

Auch wenn sie Frau M. angeboten haben, doch mitzuziehen, die Mutter wollte und will auch jetzt daheim bleiben. Will ihnen nicht zur Last fallen. Lange hat sie mit sich selbst gerungen, die Entscheidung ist ihr nicht leicht gefallen. Doch vor vier Monaten hat sie ihre Kinder gebeten, einmal mit der Caritas Kontakt aufzunehmen wegen ambulanter Pflege – Waschen, Anziehen, Bett beziehen – eben diskrete Hilfe bei der Körperhygiene, Hilfestellung bei der täglichen Sorge um den Alltag.



im Jahr in und um Hannover zu Frau M. und vielen anderen pflegebedürftigen Menschen.

Wie wollen Sie alt werden? Wie möchten Sie unterstützt und betreut werden, wenn Sie hilfs- und pflegebedürftig werden? Wahrscheinlich geht es Ihnen wie der überwiegenden Mehrheit in unserem Land, Sie

„Jeder will lange leben, aber keiner will alt sein.“

(Benjamin Franklin)

wünschen sich eine wertschätzende, auf Ihre Bedürfnisse ausgerichtete Assistenz, Unterstützung und Hilfe. In einer Zeit, in der die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, die Menschen immer älter, die finanziellen Mittel aber immer knapper werden, ist die Sicherung einer menschenwürdigen Pflege zu einer der größten gesellschaftlichen Herausforderungen geworden.

Über 2 Mio. Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig. Und ihre Zahl wird in den nächsten Jahren immer weiter ansteigen. Nicht alle leben allein wie Frau M. Die Mehrheit wird von ihren Angehörigen gepflegt. Familien sind nach wie vor noch der „größte Pflegedienst“ in unserem Land. Sie zu unterstützen, professionell zu helfen und damit zu entlasten, praktische Tipps für die Pflege geben, über den Einsatz von Pflegehilfsmitteln zu informieren, auch dies ist ein großes Anliegen der Caritas-Pflegestationen.

Mit der Maxime „Wir pflegen Menschlichkeit“ sind täglich über 60 qualifizierte und erfahrene Pflegekräfte aus der Alten- und Krankenpflege unterwegs. Mit ihren kleinen Fahrzeugen mit der Aufschrift „HANNOVER CARITAS SOZIALSTATION – PFLEGEN • HELFEN • BERATEN“ fahren sie jeden Tag, 365 Tage



EDITORIAL

Pflegefall Pflegeversicherung

Wer wird es heute bestreiten wollen: Die gesetzliche Pflegeversicherung ist selbst zum Pflegefall geworden. Sie steht kurz vor dem Offenbarungseid. Schon seit dem Jahre 1999 macht sie jedes Jahr Miese. 2003 betrug die Aufwendungen lt. dem dritten Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung rd. 17,5 Milliarden Euro. Doch nur 16,8 Milliarden Euro flossen in die Kasse. Die Folge: ein Defizit von rd. 700 Mio. Euro. Im vergangenen Jahr kletterte der Verlust sogar auf 820 Mio. Euro. Und diese Situation wird sich in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen. Wenn heute rd. 2 Mio. Menschen Leistungen aus der Pflegekasse beziehen, so werden es im Jahre 2020 bereits 2,7 Mio. und im Jahre 2050 4,7 Mio. sein. So eine Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.



Dass der Kollaps der Versicherung nicht bereits schon heute eingetreten ist, liegt nur daran, dass die Kasse in den ersten Jahren ihres Bestehens noch ansehnliche Rücklagen bilden konnte. So lagen im vergangenen Jahr noch rd. 3,4 Milliarden Euro auf der hohen Kante. Doch diese Reserven, sie werden bereits 2007/2008 aufgebraucht sein. Neben dieser außerordentlichen finanziellen Misere wird das Pflegeversicherungssystem schon seit geraumer Zeit den gesellschaftlichen und demographischen Veränderungen nicht mehr gerecht. So ist etwa bis heute der Pflegebedürftigkeitsbegriff immer noch nicht ausgeweitet worden. Auch durch das Pflegeleistungsergänzungsgesetz wird beispielsweise die Situation der demenzkranken Pflegebedürftigen nur ansatzweise berücksichtigt. Obwohl landauf und landab die politischen Entscheidungsträger sich um das Faktum nicht herumstellen können, dass die bereits heute sehr große Gruppe Demenzkranker – Schätzungen gehen von aktuell 1,2 Mio. Betroffenen aus – in den nächsten Jahren stetig ansteigen wird.

Aus rein politischem Kalkül ist die überfällige Reform der Pflegeversicherung innerhalb der laufenden Legislaturperiode gestoppt worden. Egal, wer die vorgezogene Bundestagswahl am 18. September gewinnt: Die Reform der Pflegeversicherung muss jetzt ganz oben auf der Tagesordnung übergreifend des politischen Farbenspiels stehen.

Den nach wie vor unsäglichen Bürokratieschlachten pflegender Angehöriger mit den Kassen und die kartellartigen Preisdiktate der Kostenträger gegenüber den Pflegeanbietern muss politisch ein Riegel vorgeschoben werden. Die Pflege zählt nun einmal zu den Vertrauensgütern unserer Gesellschaft. Der Versuch, sie einfacher Marktlogik weiter unterwerfen zu wollen, führt in die Irre und gefährdet die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Diakon Manfred Becher, Geschäftsführer

Forum.....2

- Profis in der Pflege
- Sachverständige übergeben fünften Altenbericht
- Der Glaube bekommt Hand und Fuß
- Pflegerat fordert von der Politik mehr Geld

Aktuell.....3

- Caritas Hannover legt sozialpolitische Positionen vor
- Die sozialpolitischen Positionen der Caritas Hannover zur Bundestagswahl im Überblick

Service.....4

- Unser Service für Last-Minute-Wähler



Mitarbeiter der Caritas-Sozialstation vor dem nächsten Einsatz

Profis in der Pflege

In der Altenpflege wird selbstverständlich nach wissenschaftlich fundierten Pflege-modellen gearbeitet, deren Umsetzung bei den Pflegeverantwortlichen liegt.

Das pflegerische Handeln in der Altenpflege wird von Außenstehenden häufig unterschätzt. So stellt es nicht nur notwendige Hilfe bei der Körperpflege oder der Nahrungsaufnahme dar. Ganzheitlich fördernde Prozesspflege ist heutzutage Standard in der stationären Altenpflege. Hinter diesem

Zum Nachdenken

Vertrauen wird die Politik nur gewinnen können, wenn sie von Fairness und gegenseitigem Respekt, von Wahrhaftigkeit und Ernsthaftigkeit geprägt und dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

(aus dem Aufruf der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl)

etwas sperrigen Begriff verbirgt sich ein pflegewissenschaftliches Modell, in dem sich der Mensch in seiner individuellen Ganzheitlichkeit wiederfindet und das selbstverständlich in der täglichen Pflege- und Betreuungspraxis berücksichtigt wird.

So verliert niemand im Alter und bei eintretender Pflegebedürftigkeit in den Altenzentren der Caritas Hannover sein selbstbestimmtes und individuelles Leben. Die Lebensgeschichte endet nicht mit dem Einzug in ein Altenzentrum. Vielmehr ist

die Lebensgeschichte Grundlage des pflegerischen Handelns und wird in die Planung des Tagesablaufes mit einbezogen. Die sozialen Ansprüche bestimmen auch in einem Altenzentrum das Tagesgeschehen und spiegeln sich in vielfachen Angeboten zur sozialen Betreuung wider.

Alle Leistungen, die in der Pflege erbracht werden, müssen zwingend dokumentiert werden. So ist der Verlauf der Pflege, Besonderheiten oder auch Anordnungen der Ärzte stets in einer fundierten und kontinuierlich geführten Pflegedokumentation nachvollziehbar.

Eine Pflege, die professionell durchgeführt wird, ist demzufolge mehr als nur die Hilfe bei der Körperpflege oder bei der Nahrungsaufnahme. Sie bedarf neben einer soliden Fachausbildung und kontinuierlicher Fortbildung einer wertschätzenden Grundeinstellung der Pflegenden gegenüber den pflegebedürftigen Menschen. Nur so werden die Pflegekräfte den Anforderungen der Menschen, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sind, gerecht.

Grundvoraussetzungen für das Erlernen der Altenpflege ist der Sekundarabschluss II (Realschule). Die dreijährige Ausbildung an einer Fachschule für Altenpflege kann nur der Grundstock dessen sein, was eine langjährige Berufserfahrung mit sich bringt. So sind regelmäßige fachspezifische Fortbildungen im Pflegeberuf unerlässlich.

Die Altenpflege – ein klarer Fall für Profis.

Sachverständige übergeben den fünften Altenbericht

Vor wenigen Tagen wurde der fünfte Altenbericht mit dem Titel „Potenziale des Alterns in Wirtschaft und Gesellschaft“ veröffentlicht.

Die Sozialexperten sind sich darin einig, dass die Potenziale älterer Menschen viel stärker genutzt werden müssen. Gesellschaftlich, so heißt es im Bericht weiter, seien ältere Menschen ein „Aktivposten“. Bis zu 30 Prozent der über 55-jährigen

würden sich gern stärker ehrenamtlich betätigen. Die Sachverständigenkommission erwartet angesichts des demographischen Wandels, dass die Konsumgewohnheiten älterer Menschen die wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft nachhaltig beeinflussen werden. Dem Bericht zu Folge geben Seniorenhaushalte allein jährlich rund 300 Milliarden Euro für den privaten Verbrauch aus.

Der Glaube bekommt Hand und Fuß

Tag des Sozialen Engagements zum Weltjugendtag auch im Wilhelm-Maxen-Haus in Garbsen

Dass ein Weltjugendtag nicht nur Liturgie und Feier, Gebet und Katechese und schon gar nicht nur Happening und Event ist, dies erfuhren die Bewohnerinnen und Bewohner des Caritas-Altenzentrums in Garbsen am 12. August 2005 ganz konkret.

Anlässlich dieses Tages des Sozialen Engagements engagierten sich fünf polnische Weltjugendtagsgäste im Wilhelm-Maxen-

Haus. In Gestalt von Buchsbaum, Fingerstrauch, Nadelbäumen und Bodendeckern pflanzten sie, gemeinsam mit Jugendlichen aus den katholischen Pfarrgemeinden in Garbsen, 13 Zeichen der Erinnerung im entstehenden „Garten der Sinne“ des Altenzentrums.

Bundesweit ließ dieser Tag das „soziale Gesicht“ der Botschaft Jesu erfahrbar und erlebbar werden.



Agnieszka (20), Mateusz (16), Justyna (18), und Katarzyna (17) beginnen mit dem Pflanzwerk

Pflegerat fordert von der Politik mehr Geld

Der Deutsche Pflegerat fordert von der Politik mehr Geld. Nur so kann nach Meinung des Rates die Qualität der Pflege bei einer wachsenden Zahl alter Menschen garantiert werden.

Nach Angabe des Pflegerates führt auch der weiter anhaltende Kostendruck in den Einrichtungen und der damit verbundene

Personalabbau dazu, dass qualifizierte Pflegekräfte immer häufiger durch ausländische Schwarzarbeiter ersetzt würden.

Auf bis zu 100.000 Personen schätzt der Rat bereits die Zahl der nicht qualifizierten Ausländer, die in Deutschland in Pflegeberufen arbeiten.



2005

Caritas Hannover legt sozialpolitische Positionen vor

Intensiver Dialog mit Bundestagskandidaten aus Stadt und Region

Anfang August hat der Verband die Wahlkreiskandidaten zu Gespräch und Dialog über eine solidarische und gerechte Politik eingeladen. Hierzu hat der Verband seine sozialpolitischen Positionen und Kommentare formuliert, die wir nebenstehend kompakt dokumentieren. Die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker hat zwi-

schzeitiglich zu den Positionen Stellung bezogen und das direkte Gespräch vor Ort in der Geschäftsstelle der Caritas Hannover gesucht.

Das, was die Wahlkreiskandidaten zu einzelnen Themenfeldern sagen, darüber informieren wir auf der Service-Seite dieser Ausgabe.

Zeitzeichen

Alles hat seine Zeit – Wahlen 2005

Die Bundestagswahl am 18. September 2005 steht nun vor der Tür. Und auch diesmal wird die Wahl für viele Unentschlossene zur Qual.

Insgesamt betrachtet befinden wir uns wohl alle in einem der ungewöhnlichsten Wahlkämpfe innerhalb unseres Landes überhaupt. Zum einen wegen der Art, wie die vorgezogene Wahl herbei geführt wurde, und zum anderen waren doch eigentlich seit Beginn bereits die scheinbar Sieger und Besiegten zu identifizieren. So gab es bereits frühzeitig die gefühlten Verlierer und ebenso die gefühlten Sieger. Daran hat sich auch bis heute, kurz vor dem Wahltag, nicht viel verändert. Und doch heißt es für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer jeden Tag aufs Neue: Neuer Tag, neues Spiel, begeisterte und skeptische Zuhörer und nebenbei die vielleicht schon dreiunddreißigste Wahlrede mit den weitgehend gleichen Inhalten und programmatischen Überschriften.

So weit, so gut. Es gehört zu ihrem politischen Geschäft und zum parteitaktischen Einmaleins. Wäre da nicht die für alle Politikerinnen und Politiker geltende Übersetzungskrise ihrer Programme, Parolen und Rezepte gegenüber den Wählerinnen und Wählern. Denn jene wollen nicht nur über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen (müssen), diskutieren, sondern klare Aussagen über die Ziele bekommen, auf die wir als Gesellschaft zugehen wollen. Nicht nur kritische Geister sorgen

sich heute um das Verschwinden der Solidarität und Gerechtigkeit. Breite Bevölkerungskreise erleben solches bereits hautnah und ganz konkret. Die neue Parole scheint auf dem Vormarsch zu sein, dass jetzt nur noch jeder für sich sorgt, anstatt zu sagen: Wir alle stehen für diejenigen ein, die in Bedrängnis und Not sind und der Hilfe und Unterstützung bedürfen.

Ehrlicherweise müssen sich doch alle eingestehen: Die soziale Marktwirtschaft, sie ist inzwischen weder sozial noch marktwirtschaftlich. Die sozialen Fragen unseres Landes können nicht mehr mit traditioneller Sozialpolitik gelöst werden. Jene Politik, die heute mehr denn je das „Soziale“ allein an den Staatsausgaben misst. Der Sozialstaat darf nicht weiter als ein beliebig zu verschlankendes Anhängsel der Marktwirtschaft betrachtet werden. Wir alle bedürfen auch in Zukunft sozialer Sicherungssysteme, auf die sich alle verlassen können. Den Sozialstaat durch eine langfristig angelegte Politik zu erneuern, daran müssen sich alle Parteien messen lassen.

Es ist ein Spätsommer nicht der politischen Wunder, aber es ist eine Zeit für uns alle, Wahlkampfspuren und Wahlversprechen von echten und gangbaren Wegen zu unterscheiden.

Allen Leserinnen und Lesern eine gute Wahl!

*Diakon Manfred Becher
Geschäftsführer*

Die sozialpolitischen Positionen der Caritas Hannover zur Bundestagswahl im Überblick

Die Themenfelder

Kinder und Familien

Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund sind gesellschaftliche Verlierer. Der Gesetzgeber muss die gesellschaftliche Leistung, die Familien durch die Kindererziehung erbringen, sichtbar anerkennen und honorieren. Schon während der Erziehungszeiten müssen die Eltern in die Lage versetzt werden, Mittel und geeignete Maßnahmen für ihre eigene Altersvorsorge aufzuwenden und einzuleiten.

Bildung und Erziehung

Ein bedarfsgerechtes, qualifiziertes Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot für Kinder, unabhängig ihrer sozialen Herkunft, ist sicher zu stellen. Ein Rechtsanspruch auf eine verlässliche Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist dringend notwendig. Beitragsfrei soll der Kindergartenplatz für Bezieher/-innen von Niedrigeinkommen und armen Familien mit Migrationshintergrund gesetzt werden. In einem ersten Schritt sollte dies zumindest für das letzte Lebensjahr vor dem Beginn der Grundschule gelten.

Armut

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Besonders dramatisch ist die Entwicklung der Kinderarmut. Intensive Programme zur Bildung und Ausbildung für Kinder aus armen Familien sind zu forcieren, damit diese einen adäquaten Schulabschluss erlangen können. Die Armut- und Reichtumsberichterstattung muss konsequent weitergeführt werden. Ebenso gilt für den Prozess des Sozialmonitorings.

Migration und Integration

Im Rahmen eines offenen und weiter zusammenwachsenden Europas muss sich unsere Gesellschaft als offenes Land präsentieren. Integration ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen. Politische Vorschläge, die die Familienzusammenführung von Zuwanderern weiter erschweren wollen, lehnen wir ab.

Arbeit und Beschäftigung

Die begonnenen Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) weisen nach wie vor erhebliche Mängel in der Konstruktion der Gesetze, aber auch bei deren Umsetzung auf. Unverzüglich sind geeignete Reformschritte einzuleiten, damit die Integration in den ersten Arbeitsmarkt gelingen kann. Es muss deutlich mehr Beschäftigung für Geringqualifizierte geben. Hierzu bedarf es ergänzender sozialer Leistungen. Über ein nachhaltiges System von Kombi-Löhnen muss weiter nachgedacht werden.

Pflege und Gesundheit

Die Beratung und Unterstützung für demenzkranke Menschen und ihre pflegenden Angehörigen sind flächendeckend auszubauen. Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ist unverzüglich aufzunehmen. Sozialhilfeempfänger müssen von der Zuzahlungspflicht ausgenommen werden. Allen Versicherten sind geeignete Informationen über die Kosten von Krankheit und Gesundheit – insbesondere über die Kosten der Arztbehandlung – einzuräumen.

Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement

Mit Blick auf die leeren Kassen öffentlicher Kostenträger wird im Einsatz ehrenamtlicher Kräfte eine gute und wirksame Möglichkeit gesehen, die Kosten sozialer Dienstleistungen und Angebote zu reduzieren. Eine solche Instrumentalisierung bürgerschaftlichen Engagements lehnen wir ab. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Freiwillige, soweit dies über die Erstattung der Kosten hinaus geht, lehnen wir ebenso ab. Hierin muss der Versuch gesehen werden, billige Arbeitskräfte für fehlendes hauptamtliches Personal zu gewinnen.



Unser Service für Last-Minute-Wähler

Damit wir vor der Wahl schon wissen, wo es nach der Wahl langgehen kann, und damit die Sieger nach der Wahl an ihren Programmen und Aussagen von vor der Wahl gemessen werden können, hier die Antworten der Bundestagskandidaten aus Stadt und Region Hannover auszugsweise und im Überblick.

Armut

„Wir wollen eine stärkere Konzentration der staatlichen Mittel auf Armutsfamilien, deswegen setzen wir uns für einen höheren Kinderzuschlag für geringverdienende Eltern im Rahmen des Arbeitslosengeldes II ein, der zu einer Kindergrundsicherung ausgebaut werden soll.“

Silke Stokar,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Arbeit und Beschäftigung

„Bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muss die Integration in den ersten Arbeitsmarkt Vorrang haben, also eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und ein Einkommen, das wenigstens zum Teil zum Lebensunterhalt beiträgt. Ein weiterer Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes durch subventionierte Beschäftigung muss verhindert werden. Aus unserer Sicht dürfen die Ein-Euro-Jobs nur zur Überprüfung der Arbeitsbereitschaft und zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess dienen. Sonst besteht die Gefahr von Verdrängungseffekten.“

Dr. Claudia Winterstein, FDP

Armut

„Das Armutsrisiko hat unter der jetzigen Bundesregierung zugenommen, nicht abgenommen. Besonders schlimm ist, auch das schreiben Sie in Ihrem Papier, dass davon mittlerweile mehr als 1,4 Mio. Kinder betroffen sind. Die Union arbeitet dafür, dass es Deutschland insgesamt wieder besser geht. Denn nur so können wir unsere sozialen Sicherungssysteme langfristig erhalten.“

Dr. Friedbert Pflüger, CDU

Bildung und Erziehung

„Die SPD tritt dafür ein, den Kindergartenbesuch gebührenfrei zu stellen. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Ein wichtiger erster Schritt ist hier ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr.“

Edelgard Bulmahn, SPD
Gerd Andres, SPD

Bildung und Erziehung

„Die Politik der Union hat das Ziel, die Qualität des deutschen Schulsystems zu verbessern. Es ist Aufgabe der Erziehung in Familie und Schule, jungen Menschen eine klare Wertorientierung zu vermitteln. Die Schule muss einen Beitrag dazu leisten, dass die Schülerinnen und Schüler auf die Frage nach Gott und nach verbindlichen ethischen Maßstäben Antworten finden können.“

Dr. Maria Flachsbarth, CDU

Kinder und Familie

„Das bisherige Erziehungsgeld wollen wir in ein Elterngeld umwandeln, das ähnlich wie das Arbeitslosengeld für ein Jahr das bisherige Einkommen ersetzt. Damit stellen wir sicher, dass Familien ihren Lebensstandard auch dann halten können, wenn Mutter oder Vater nach der Geburt eines Kindes ihre Berufstätigkeit unterbrechen.“

Edelgard Bulmahn, SPD
Gerd Andres, SPD

Pflege und Gesundheit

„Pflegerheime und ambulante Pflegedienste ersticken mittlerweile an einer Flut von Regelungen, Verwaltungsvorschriften, Dokumentationspflichten und bürokratischen Auflagen. Rund 1/3 ihrer Arbeitszeit verbringen die Pflegekräfte mit dem Ausfüllen von Formularen. Wir brauchen eine spürbare Entbürokratisierung der Pflege.“

Monika Brüning, CDU

Pflege und Gesundheit

„Wir Grünen setzen uns seit Jahren für eine Bürgerversicherung ein. Dass bisher ausgerechnet die Bevölkerungsgruppen mit den höchsten Einkommen und der durchschnittlich auch besten Gesundheit nicht an der Finanzierung der solidarischen Krankenversicherung beteiligt sind, halten wir für falsch. Wir wollen die Beitragspflicht auf alle Einkunftsarten ausweiten.“

Silke Stokar,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bildung und Erziehung

„Unser Schulsystem muss stärker auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet werden. Die Herkunft eines Kindes darf nicht länger über seine Bildungschancen entscheiden, deshalb ist gezielte Förderung im Vorschulalter notwendig.“

Caren Marks, SPD

Arbeit und Beschäftigung

„Empfängern von Arbeitslosengeld II werden wir neue Chancen auf Arbeit und Beschäftigung geben. Hierfür schaffen wir zusätzliche Anreize für Arbeitgeber, sie einzustellen. In den ersten zwei Jahren nach Einstellung eines ALG II-Empfängers soll gelten: Das Arbeitsentgelt kann bis zu 10 % unter Tarif liegen. Damit werden mehr Arbeitsplätze für einfachere Tätigkeiten entstehen. Für die Arbeitnehmer sichern wir durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und ergänzender Sozialleistung ein angemessenes Auskommen.“

Dr. Maria Flachsbarth, CDU

Kinder und Familie

„Für alle nach dem 1. Januar 2007 geborenen Kinder soll ein Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung gewährt werden, den wir durch die Abschaffung der Eigenheimzulage finanzieren. Und schließlich werden Kinder im Rahmen der Gesundheitsprämie beitragsfrei versichert.“

Monika Brüning, CDU

Pflege und Gesundheit

„Für den Bereich der Pflege wollen wir die Finanzierung der sozialen und der privaten Pflegeversicherung verbinden. Die Pflegeversicherung wird zu einer Pflege-Bürgerversicherung ausgebaut.“

Caren Marks, SPD